



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Alles Asche: Ausfall aller Abstimmungen

Der EU-Beitrittskandidat Island hat mit seinem wieder aktiven Vulkan auch die Parlamentsarbeit lahm gelegt. Die Behinderungen im Flugverkehr führten dazu, dass die Fraktionschefs entschieden, keine Abstimmungen in dieser Plenarwoche durchzuführen und sie auf den 5. und 6. Mai in Brüssel zu verschieben. Die meisten spanischen, italienischen, finnischen, schwedischen, baltischen und einige polnische Kollegen konnten wegen des europäischen Flugverbots nicht anreisen. Diejenigen, die 2000 Kilometer im Auto angereist sind - so ein Kollege aus Rumänien - ärgerten sich... Also: außer Reden in dieser Woche nichts gewesen! Deshalb berichtet dieser "Brief aus Straßburg" nur über die Debatten und nicht über getroffene Entscheidungen. Aus aktuellem Anlass diskutierten wir das Krisenmanagement des Ascheregens und seine Folgen für den Flug-

verkehr. Wieder einmal zeigte sich, wie uneinheitlich die Flugverbote in den einzelnen Ländern gehandhabt wurden: Die Mitgliedstaaten entscheiden im Zusammenwirken mit unabhängigen internationalen Flugsicherheits-einrichtungen und nicht die EU.

EU-Haushalt 2008 geprüft

Eines der wichtigsten Rechte des Parlaments, das Haushaltsrecht, stand im Mittelpunkt in dieser Woche. Das Europäische Parlament prüfte die Geldverwendung für das Jahr 2008 und muss über die politische Entlastung befinden. Von der Kommission verlangt das Parlament, die Ausgabe der EU-Gelder durch die Mitgliedstaaten effizienter zu kontrollieren, etwa die Strukturfonds. Im Agrarbereich liegt die durchschnittliche Fehlerquote der EU 27 zum ersten Mal im "grünen Bereich", also bei wenigen Fehlern. Ich habe Anträge für den Westbalkan, für Rumänien, Bulgarien und Griechenland eingebracht: Den Aufbau eines korruptionsfrei arbeitenden Jus-

tizsystems zu verbessern und die Angaben, die die Staaten selbst machen, effizienter zu kontrollieren. Griechenland und die Probleme um den Euro zeigen uns, dass wir ein anderes, effizienteres Sanktionssystem brauchen, wenn falsche Angaben gemacht und das europäische Recht nicht eingehalten wird. Unser Mitgesetzgeber, der Rat der Mitgliedsstaaten, ist dabei leider Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Als Haushaltskontrolleurin und Schwäbin ärgere ich mich über die mangelnde Transparenz und Lücken bei der Rechenschaft über die Verwendung der Mittel. Wir wissen nicht was die sogenannten Sonderbeauftragten für Außenpolitik machen. Eine parlamentarische Anfrage, die ich an den Rat gestellt habe, tat dieser mit einer nichtssagenden Antwort ab. Daher habe ich mich stark dafür eingesetzt die Entlastung des Rats zu verschieben. Wir werden hierzu nun im Mai in Brüssel abstimmen. Nächste Woche reise ich mit einigen Haushaltskontrolleuren nach Griechenland wegen der dortigen Agrarausgaben.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Landwirtschaftspolitik nach 2013

Es ist eine der Schlüsselfragen für unsere Landwirte und den ländlichen Raum: Wie sieht die "neue Agrarpolitik" der EU nach 2013 aus? Das ist das Datum, das vor über 10 Jahren für die nächste Agrarreform gesetzt wurde. Die Entwicklung: Der Anteil der Agrarpolitik am EU-Haushalt ist in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft hat jedoch durch die EU-Erweiterung wieder zugenommen. 47 % der Fläche in der EU wird landwirtschaftlich genutzt und die Nahrungsmittel produzierenden Betriebe tragen mit 14.7 % zur Produktion in der EU bei. Sie sorgen dafür, dass rund 500 Millionen Menschen in der EU mit Lebensmitteln versorgt werden. Aber auch die weltweit steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln und der Klimawandel machen deutlich, dass Agrarpolitik eine Zukunftsaufgabe ist. Gemäß Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO wird die Weltbevölkerung im Jahr 2050

von 6 Milliarden auf 9 Milliarden Menschen ansteigen und die Lebensmittelpreise werden sich voraussichtlich bis 2050 verdoppeln.

Das ist der Hintergrund der Diskussion über die EU-Agrarpolitik nach 2013. Nahrungsmittelsicherheit angesichts der wachsenden Weltbevölkerung, der Klimawandel und seine Wirkungen, Umweltprobleme, artgerechte Tierhaltung und ein angemessenes Preis-Leistungsverhältnis für die Produkte und die Arbeit der Landwirte sind die Stichworte. Die EU hat die Problematik der wachsenden alternden Landbevölkerung erkannt. Junge Menschen brauchen Lebenschancen auf dem Land - und Arbeitsplätze.

SWIFT: neuer Vorschlag liegt auf dem Tisch

Fast 80% aller internationalen Banküberweisungen laufen über SWIFT. Daher können Sie davon ausgehen, dass auch Ihre Daten übermittelt werden. Nach einer ersten Ablehnung des SWIFT-Abkommens zum Datenaustausch mit den USA aus Gründen der Terrorismusbekämpfung

liegt nun ein neuer Vorschlag bereit. Wir sehen noch offene Fragen: die nicht gerechtfertigte Massenübertragung von Daten auch von Nicht-Verdächtigen und dem bislang fehlenden Rechtsbehelf bei Missbrauch der übermittelten Daten. Die Kommission will eine Unterzeichnung bereits Ende Juni 2010.

Verbot von Blausäure im Bergbau Europas

Wir kennen die Blausäure oder Cyanid aus Kriminalromanen, sie kommt aber auch zum Teil noch in europäischen Goldminen zum Einsatz. Jetzt geht es um ein einheitliches Verbot in der EU. In Nordrumänien flossen im Januar 2000 mehr als 100.000 Kubikmeter durch Natrium-Cyanid verschmutztes Wasser aus dem Auffangbecken einer Goldmine in die Somesch, die Theiß und die Donau. Dies war eine der größten ökologischen Katastrophen in Mitteleuropa. Auch in Schweden, Finnland, Spanien der Türkei und Rußland wird Gold gefördert - weniger als 1% der weltweiten Fördermenge.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu